



DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE WIEN
Bezirksgruppe Hietzing

H G A N Z Hietzing

Kennedybrücke - quo vadis?

Ein Verkehrsknotenpunkt im Umbruch



Die Bushaltestelle der Linien 56B, 156B, 58B und 260. Hier drängen sich Passanten und Fahrgäste zur U4 und zu den Straßenbahnlinien 58, 60 und 10.

alte Lainzer Friedhof sind ebenfalls nur mit diesen Bussen erreichbar. Nicht selten sind Schulklassen im Bus, die zu Führungen in das ORF-Zentrum fahren. Da die Haltestellen-Insel so schmal ist, ist die Lage oft genug gefährlich. Neuankömmlinge müssen sich durch die dichtgedrängte Menge wartender Menschen schlängeln. Uns allen ist klar, daß diese Gefahren-

Jede Hietzingerin und jeder Hietzinger kennt die unerfreuliche Situation auf der Kennedybrücke. Die vier Buslinien der Firma Richard, die dort Anfangs- und Endpunkt haben, stehen zusammengedrängt in einer zwei Busse breiten, drei Busse langen Spur. Die Passagiere haben eine schmale Insel zur Verfügung, um dort von den Bussen weg zur U-Bahn und zur

Straßenbahn oder von der U-Bahn/Straßenbahn hin zu den Bussen zu kommen, bzw. auf den richtigen Bus zu warten. Sehr viele Kinder und Jugendliche benützen diese Busse für ihren Schulweg. Auf der Strecke der Buslinien liegen das Hietzinger-Bad, zwei Pensionistenheime, deren BewohnerInnen selbstverständlich auch mit den Bussen fahren möchten. Der große Hietzinger Friedhof und der

quelle so schnell als möglich beseitigt werden muß. Unserer Meinung nach ist es höchste Zeit, hier eine für Fahrgäste, aber auch für die Chauffeure der Busse, erträglichere und komfortablere Situation zu schaffen.

Deshalb wird auch schon seit Jahren, ja, seit Legislaturperioden, in der Bezirksvertretung und ihren Ausschüssen und Kommissionen über einen Umbau der Kennedy-

Impressum: GANZ Hietzing, MHV (zu 100%): Die Grünen - Grüne Alternative Wien, 1070 Wien, Lindengasse 40. DVR 0527491. Grundlegende Richtung: Medienarbeit im Sinne der Programme und Beschlüsse der politischen Partei Grüne Alternative Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Die Grüne Alternative Wien, Bezirksgruppe Hietzing.
Redaktion: Susanne Frühwirth, Rainer Frühwirth, Albert Hirl, Ingrid Risha, Johannes Stängel.
LayOut: Souterrain Group.
Druck: Brücke Satz & Druck.

AUSZERDEM INFORMATIONEN UND KOMMENTARE:

zur BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG: *ab Seite 2*

zu einem RADVERKEHRSPLAN: *auf Seite 4*

zur WESTEINFAHRT: *auf Seite 4*

zum 68ER-GEDENKEN: *ab Seite 5*

zum LAINZER TUNNEL: *auf Seite 7*

über die NATO: *auf Seite 7*

über die NUTZUNG DES RONDELLS: *auf der Rückseite*

brücke diskutiert. Immer wieder gibt es Vorschläge, wie die Situation verbessert werden könnte. Leider scheitern alle Vorschläge an dem Umstand, daß auf der Kennedybrücke Platz sein muß für zwei Umkehrschleifen, für die der Linie 10 und die der Linie 60 nämlich. Das machte bisher alle Änderungspläne zunichte.

Schon am 12. Februar des Jahres wurde in der Bezirksvertretung des 15. Bezirks ein Antrag einstimmig angenommen, der die Verlängerung der Linie 60 bis zum Westbahnhof und die Verlängerung der Linie 10 bis nach Unter-St. Veit forderte. Um diesen Antrag zu unterstützen, brachten die sozialdemokratische Fraktion und wir einen gleichlautenden Antrag in unserem Bezirk ein. Leider wurde der Antrag aus dem 15. Bezirk von der zuständigen Stadträtin Ederer abgelehnt, allerdings in einem Brief mit Datum vom 22. April, dem Tag unserer Sitzung also. Wenn nun die Linie 10 stadtauswärts auf den Schienen des 58er weitergeführt werden würde, wäre an der jetzigen Endstelle des 10er und des 60er, der zum Westbahnhof fährt, Platz für eine Autobus-Haltestelle. Von hier könnten die Fahrgäste direkt zur U-Bahn und zur Straßenbahn gehen, ohne, so wie jetzt auf der anderen Seite, die Fahrspur der Busse und Straßenbahnen queren zu müssen. Und ohne, so wie jetzt, sinnlose Zeit im Autobus verbringen zu müssen. Denn Busse die von Hietzing kommen, benötigen zu den Verkehrsspitzen alleine 5 - 7 Minuten im Kreisverkehr nur um die Endstelle zu erreichen. Ist dies nicht eine bestechende Idee, um eine grundlegende Änderung der Verkehrssituation auf der Kennedybrücke herbeizuführen? Es eröffnet sich eine Fülle von Möglichkeiten um eine passantenfreundlichere Neuregelung der Verkehrsströme herbeizuführen.

Wie auch immer eine neue Gestaltung aussehen mag, diese Maßnahme wäre ein großer Schritt vorwärts. Natürlich verstehen wir die Anrainer aus Unter St. Veit die weiterhin mit dem 58er fahren wollen. Jecoh vom Hietzinger Zentrum bis zur Endstelle in der Hummelgasse hat der 58er nur 4 Stationen. Nach Zählungen, die der Verein Fahrgast durchgeführt hat, ist die Linie 58 in Unter St. Veit eher schwach frequentiert. Anscheinend werden Busse die zur U-4 fahren genommen, bzw. wird zu Fuß zur U-4 gegangen. Dagegen hat die Linie 60 ein großes Einzugsgebiet und ist entsprechend frequentiert. Das Argument, daß für viele Passagiere ein direkter Weg zum Westbahnhof und zur Marahilfer Straße erschlossen wird, oder umgekehrt vom Westbahnhof direkt zum Geriatriezentrum und zum Krankenhaus Lainz gefahren werden kann, hat doch etwas bestechendes.

Die VP-Fraktion Hietzing hat Bedenken gegen die Einstellung der Linie 58 angemeldet. Sie befürchtet eine radikale Verschlechterung der Verkehrsversorgung in Unter-St. Veit. Wir sehen die Gefahr nicht als so groß an, da ja der gesamte Linienverlauf des 58er abgedeckt bleibt. Wer in die Stadt will, wird wohl auch jetzt in die U4 umsteigen, da dies eine schnellere Verbindung ist, als mit der Linie 58 zur U3 zu fahren. Natürlich, das ist auch uns einsichtig, müssen jene Fahrgäste, die zur Mariahilfer Straße wollen, bei einer Änderung der Linienführung einmal mehr umsteigen. Diesen Menschen hilft es natürlich sehr wenig, daß sich für andere eine Verbesserung ergibt. Aber wir sind überzeugt davon, daß es auch für sie einsichtig sein wird, daß sich für die Situation auf der Kennedybrücke eine wesentliche Verbesserung ergibt. Susanne Frühwirth und Ingrid Risha-Klaninger

Bericht

Aus der Sitzung am 22. April 1998

Anfragen

Anfrage bezüglich Verkehrslichtsignalanlagen in Hietzing (GA): Wieviele, Ausstattung mit akustischen Signalanlagen, Richtlautsprechern, unterschiedliche Systeme, Fehlerstatistik, Reaktionen von Anrainern, Information der Bevölkerung. Antwort erfolgt schriftlich.

Anfrage bezüglich Fußweg zwischen Parkassistraße und Fasangartengasse (LiF): Stufen zu steil und zu kurz; welche Maßnahmen. Antwort: Neuerrichtung notwendig, da Benützungsbewilligung verweigert werden muß. Baufirma in Konkurs. Neuerrichtung trotzdem noch heuer.

Anfrage bezüglich Parkplatz vor Schloß Schönbrunn (F): Schrägparkordnung durch Längsparkordnung abgelöst, Verlust von 30 Parkplätzen; welche Stellungnahme des Bezirks. Antwort: nur 10 bis 12 Parkplätze weniger, Wunsch der Betriebsgesellschaft wegen Frequenzerhöhung durch zweiten U-Bahnaufgang; Stellungnahme des Bezirks positiv.

Anfrage bezüglich Volksanwaltschaftsbüro (S): Warum wurde keine Antwort gegeben; warum kein Raum in der Bezirksvorste-

hung zur Verfügung gestellt, warum noch kein Sprechtag ermöglicht. Antwort: Es gab bereits einen Sprechtag; es gibt auch einen Raum. Eine schriftliche Antwort wurde aufgrund eines Irrtums nicht weitergeleitet.

Anfrage bezüglich Um- und Zubau in Gallgasse 5 für die Einrichtung einer Supermarktfiliale (F): Welcher Art ist der Umbau, welcher Art die künftige Nutzung, Schutzzone. Antwort: Verkürztes Verfahren durchgeführt, daher keine Anrainerbeteiligung; Nutzung als Verkaufslokal; Fassade bleibt erhalten, Einverständnis von MA 19 (Denkmalamt) liegt vor.

Mitteilungen des Bezirksvorstehers

Im Amtsblatt Nr.12 wurden neue Verordnungen des Bürgermeisters veröffentlicht. Die Kreuzung Spohrstraße/Schrutkagasse wird umgebaut, um eine rechtwinkelige Einmündung zu erreichen. Zur Umleitung Speisinger Straße wurde ein Flugblatt herausgegeben. Der Kanalbau am Furtwänglerplatz wird in zwei Jahresraten bedeckt. Für eine dritte Spur in der Wientalstraße vor der Stampfergasse werden für die Errichtung der Stützmauer 7 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einbahnregelung für die Steinlechnergasse ist definitiv, das Radfahren gegen die Einbahn wird gleichzeitig verfügt. Der Teil des Badhaussteges, der über die U-Bahn führt, wird ab Ende April bis Ende Juli neu errichtet; die Kosten tragen die Wiener Linien und die MA 49 gemeinsam. Die Lainzer Tiergartenmauer ist teilweise einsturzgefährdet; für die gesperrten Wege gibt es Ersatzwege, die Sanierung erfolgt durch das Forstamt. Die Renaturierung des Lainzer Baches wird bachaufwärts fortgesetzt und soll Lebensraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten schaffen;

sie wird durch Schüler einer Gartenbauschule durchgeführt. Projektsprechtag für Betriebsanlagen finden jeden 3. Donnerstag im Monat ab 18. Juni jeweils von 9 bis 12 Uhr im Kleinen Festsaal statt. Das Festwochenprogramm wurde vorgelegt. Folgende Berichte liegen in der Bezirksvorstehung auf: Rechnungshofbericht, Wohnhäuserverzeichnis, Geschäftsbericht Fernwärme, Feuerwehr und Auswirkungen von Mehrzweckstreifen.

Budgetbeschlüsse

Der Rechnungsabschluß 1997 wurde, wie im Finanzausschuß beraten, zum Beschluß vorgelegt. Die Einnahmen betragen ca. 45 Mio.S, die Ausgaben ca. 48,5 Mio.S. Es entsteht ein Abgang von ca. 3,5 Mio.S. Der Rechnungsabschluß wurde einstimmig beschlossen. Folgende sachlichen Genehmigungen wurden vorgelegt: Fahrbahnumbau und Parkspurbefestigung in der Wolkersbergenstraße 2 Mio.S MA28, Beleuchtung des Fußweges Himmelhofgasse 350.000,— S MA33, Fußgängerampel mit Blindenakustik in der Rosenhügelstraße 192 1,9 Mio.S MA46, Fenstererneuerung in der Schule Veitingergasse 1,6 Mio.S MA56, Schule Hietzinger Hauptstraße 166 Renovierung des Mitteltrakts 1,6 Mio.S MA56; in Bausch und Bogen einstimmig beschlossen.

Anträge

Lärmschutzwände in der Schluckergasse (VP); mit VP, LiF und 2 GA angenommen. Vorziehung des Aufzugseinbaus in der U4-Station Ober-St.Veit auf 1999

(VP); gegen SP angenommen. Einsatz der Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr in der Schulwegsicherung (VP); einstimmig. Prüfung der Wassergüte des Lainzer Teiches (VP); einstimmig. Um- bzw. Neugestaltung der Uferbereiche des Lainzer Teiches (VP); einstimmig. Überprüfung der Uferplateaus am Lainzer Teich (VP); einstimmig. Holz-Salettl im Hüglpark (LiF); gegen LiF und 2 GA abgelehnt. Entwicklung und Herausgabe eines Informationsblattes der Bezirksvertretung (LiF); gegen LiF, GA und F abgelehnt. Bei Herstellung der Oberfläche nach Kanalbau in der Altgasse Herbung der Fahrbahn auf Gehsteigniveau, Herstellung von Strom- und Wasseranschlüssen und Pflanzung von Bäumen in den Eingangsbereichen (LiF); einstimmig. Aufnahme eines Teils der Liegenschaft Feldmühlgasse 19-25 in das Verkehrsband Schnellbahn/ Verbindungsbahn (F); gegen F, GA und 1 LiF abgelehnt. Prüfung der Möglichkeit, im Streckerpark Wall-City-Toiletten aufzustellen (F); einstimmig. Öffnung der Sportanlagen in der Maria-Theresien-Kaserne für zivile Nutzer (F); gegen F und LiF abgelehnt. Errichtung nicht-niveaugleicher Übergänge über die Verbindungsbahn (GA); gegen F angenommen. Aufstellung von Polizistenattrappen in der Westeinfahrt (GA); gegen F und LiF angenommen. Überprüfung der Verkehrssituation Ecke Preyergasse/Lainzerstraße für Fußgänger (GA); Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Überprüfung einer Verlängerung

Die Bezirksvertretungssitzungen sind öffentlich. Die nächste findet am 17.6.1998 statt, und zwar um 18 Uhr im großen Festsaal im Hietzinger Amtshaus. Wir freuen uns über jeden interessierten Zuhörer.

der Parkspur in der Hermesstraße von der Ebersberggasse bis zur Hochmaisgasse (SP); gegen GA angenommen. Verlängerung der Linie 10 bis nach Unter-St.Veit, Verlängerung der Linie 60 bis zum Westbahnhof, Auflassung der Linie 58 (SP, F, GA); Zuweisung zur Verkehrskommission gegen VP abgelehnt, Antrag gegen VP angenommen. Ende der Sitzung: 19:30 S.F.



Der Verein ARGUS gibt neue Pläne über das Radwege-Netz in Wien heraus. Die Grüne Alternative beteiligt sich an den Herstellungskosten. Sollten Sie Interesse an einem solchen Plan haben, dann senden Sie die Antwortkarte an das Grüne Büro und wir senden Ihnen einen Plan zu.

Muß i denn, muß i denn ...

... zum Städtele hinein ...

Die Anwohner des Hackinger und des Hietzinger Kais haben es schwer. Jeden Tag brausen tausende Fahrzeuge in Richtung Zentrum. Es sind PKWs, Kleinlastwagen und Schwerlastler, die mit wechselnder Frequenz die Westeinfahrt befahren und oft genug mit ihrer persönlichen Rennstrecke verwechseln. Wenn sie nicht gerade im Stau stehen, der oft von der Stadtmitte bis zum Umspannwerk reicht.

Die Luftmeßstelle am Amtshaus in Hietzing kann gleich mit zwei Rekorden aufwarten: sie ist diejenige in Wien, an der die Grenzwerte am häufigsten und am höchsten überschritten werden. Rekorde, auf die Hietzing nicht wirklich stolz sein kann. Aber im Durchschnitt haben wir ja eine ausgezeichnete Luft. Mit dem Lainzer Tiergarten, dem Schloßpark Schönbrunn und einigen weiteren Grünoasen, die nicht nur Verkehrs- und auch sonst frei von Schadstoffproduzenten sind, son-

dern auch noch zur Regeneration des Sauerstoffs in der Luft dienen, ist Hietzing ja gut bedient. Aber krank werden die Menschen nicht vom Durchschnitt sondern von der Höchstbelastung. Belastung nicht nur durch gasförmigen und festen Schadstoffen sondern auch durch Lärm und durch Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit. Schließlich ist ein Spaziergang an der B1 in Wien ja nicht wirklich eine Erholung. Schon gar, wenn die Fahrzeuge mit oft über hundert statt der - unverständlicher Weise erlaubten - 60 kmh an einem vorbeidonnern.

Um wenigstens diesem Problem, der gewohnheitsmäßigen Tempoüberschreitung, Herr zu werden, haben wir in der letzten Sitzung einen Antrag auf Polizistenattrappen gestellt. Diese Methode hat sich in einigen Bundesländern bereits als äußerst hilfreich erwiesen, um die Disziplin im Straßenverkehr zu erhöhen. Zu meiner großen, freudigen Überraschung wurde der Antrag angenommen.

Mehrheitlich zwar, aber immerhin. Dagegen stimmten die F und das LiF. Das LiF argumentierte auf Nachfrage mit „Verhinderung des totalen Überwachungsstaates“. Naja. Man kann alles drehen und wenden. Ob es da wohl um den Schutz der Unschuldigen geht? Oder ist es doch wieder die Raserlobby, die bedient werden will? Bei der F kann es wohl nur letzteres sein, denn mit dem Schutz vor der totalen Überwachung können sie ja schlecht argumentieren.

Das Problem, daß einfach zu viele Autos in die Stadt einpendeln, kann dadurch allerdings nicht behoben werden. Dazu braucht es weiter reichende Maßnahmen. Zum Beispiel die Führung von Pendlerzügen aus dem Westen über die Verbindungsbahn mitten in die Stadt, zum Bahnhof Wien Mitte. Zum Beispiel eine Verlängerung der U4 nach Gablitz. Zum Beispiel ein echtes Pendlerverkehrskonzept im Westen von Wien. Aber dazu müßten sich ein schwarzer Landesfürst, Landeshauptmann Pröll, und ein roter Landesfürst, Landeshauptmann Häupl, endlich einmal an einen Tisch setzen und reden, um gemeinsam etwas zu schaffen. Und dazu fehlt offenbar der politische Wille auf beiden Seiten.

Susanne Frühwirt

Was hat die Revolte von 1968 bewirkt?

Diese Gretchenfrage wird immer wieder gestellt, wenn ein Gedenkjahr für die mittlerweile legendäre Protestbewegung angesagt ist. Das Spektrum möglicher Antworten ist breit gestreut — es reicht vom “Eigentlich war in Österreich gar nichts los” (oft von den Nachgeborenen) über “Es war phantastisch, umwälzend” (meist von VeteranInnen) bis “Menge von Splittergruppen, die in Anarchie und in den Terrorismus abmarschiert sind” (Andreas Mölzer/FPÖ).

Um diese Frage halbwegs beantworten zu können, ist es notwendig, sich über die Maßstäbe zu einigen: Vergleicht man/frau das 68er-Jahr in Österreich mit den Barrikadenkämpfe im Quartier Latin oder den Anti-Notstandsgesetzgebung-Demonstrationen in der BRD - dann war die Neue Linke in Österreich eine periphere Erscheinung und Minorität, deren Innovationen im Bereich der Theorie sich auf Interlinearversionen zu Texten der Frankfurter Schule beschränkten. Bezieht man/frau sich hingegen auf die Zustände in Österreich vor und nach der Protestbewegung, dann wird sofort deutlich, welcher kulturevolutionärer Impetus von den kleinen linken Rebellinnengruppen ausging (und warum es tatsächlich eine “Notdurft” war, das was alle Kleinbürgerinnen nach einigen Gläschen Wein ankündigen, nämlich auf alle - insbesondere Politikerinnen Chefinnen, Pfaffen, Lehrerinnen und sonstige Autoritäten — zu schießen, einmal öffentlich zu realisieren).

Zur Illustration meiner Behauptung lade ich zu einer Rundreise durch die provinzielle Schreckenskammer “Österreich vor 1968” ein:

... oder: **Wie war es eigentlich davor?**

Beginnen wir mit der Alltagskultur. Ohne einer der Großparteien ÖVP/SPÖ anzugehören, gab es man-

nigfaltige Schwierigkeiten: bei der Wohnung, beim Job, beim Kindergartenplatz, beim Telefonanschluß... Durch die fast perfekte Kontrolle der Medien (ORF/Zeitungen) fanden unerwünschte Ereignisse einfach nicht statt. Der Konsumier-, Krawatten-, Busenhalter- und Rockzwang war allgegenwärtig. Ö 3 war noch nicht erfunden. Wer nicht Manfred Nied-Petz’s (alias Freddy Quinn) “100 Mann und ein Befehl” hören wollte, der mußte auf Radio Luxemburg ausweichen. Jazz galt allgemein als Neger- oder Tschin-Bumm-Musik, deren Fans in den Dschungel gewünscht wurden. Die Jugendschutzgesetzgebung stammte in einzelnen Bundesländer noch aus der Nazi-Ära und mußte etwa in Vorarlberg ein Twist-Verbot oder in Salzburg ein Jugendverbot für die Operette “Die lustige Witwe” (weil darin eine verheiratete Frau verführt wird) legitimieren. Die Probleme der Dritten Welt reduzierten sich für die meisten ÖsterreichInnen auf die Kenntnis des Schlager-Refrains “Und sie tanzen einen Rumba, Kasawubu und Lumumba”.

Die Hochkultur dieser Tage inspirierte den Avantgarde-Autor Fritz Hermann noch Jahre später zu dem sarkastischen Statement: “Es schießt der Herr von Karajan/ bei jedem falschen Ton sich an/ und wascht sein’ Arsch im Goldlawur/ anal sein g’hört zu Hochkultur” (was ihn seinen Job im Unterrichtsministerium kostete). Sogar Friedrich Torberg,

Tante-Jolesch-Erfinder, CIA-gesponserter anti-kommunistischer Publizist und Fahnenträger des Brecht-Boykotts, mußte zugestehen: “Oper und Burgtheater haben ihren traditionellen Vorrat an Ruf und Ruhm fast restlos aufgezehrt und werden nur noch aus Gewohnheit zu den führenden europäischen Bühnen gerechnet. Die Operette — des Wienklichs liebste Kind — hat ihr einziges Heim im Raimundtheater und, wahrlich, es ist ein Altersheim”. Eines der größten kulturellen Ereignisse im Wien des Jahres 1967 war die Gründung eines Bestattungsmuseums. Kräftige Lebenszeichen gaben hingegen neonazistische Gralshüter deutscher Kultur von sich — von der Zeitschrift “Kunst ins Volk” mit dem Nazi-ideologen Hans Grimm (“Volk ohne Raum”) als Herausgeber bis zu einer “Liga gegen entartete Kunst”, die mit Unterstützung von FPÖ-Politikern Aktivitäten entfalteten, die vielfach auf positive öffentliche Resonanz stießen. Die gesamte Presse (ausgenommen die KPÖ-“Volksstimme”) nahm hingegen Kundgebungen gegen die von österreichischen Gerichten gefällten Freisprüche für KZ-Schergen, an denen sich regelmäßig nur 200-300 Personen beteiligten, nicht zur Kenntnis.

Die Hochschulen präsentierten sich nach der Minister-schaft der ÖVPler (und ehemaligen Austrofaschisten) Heinrich Drimmel und Theodor Piffel-Percevic als "Enklaven des Salazar-Regimes in Mitteleuropa" (Ernst Topitsch). Professoren empfahlen Studentinnen ungeniert nach dem Durchfallen bei der Prüfung der Besuch der Kochschule Kofranek. Professoren des Kirchenrechtes befragten Studentinnen mit Vorliebe und ausführlich nach der differentia specifica zwischen impotentia coeundi und impotentia generandi. AssistentInnen, die den Professoren als Leibdiener zur Verfügung standen und auch für deren Gattinnen Marmelade einkochten oder Hunde äussern führten, waren keine Seltenheit. Politische Veranstaltungen auf Universitätsboden waren generell verboten. (Mit frischen Schmissen im Gesicht in voller Wuchs vor dem Kriegerdenkmal in der Aula auf und ab zu patrouillieren galt nicht als politische Veranstaltung, sondern als unpolitische Brauchtumpflege). Die "Lehrfreiheit" wurde von den Mitgliedern und Sympathisanten des Ringes Freiheitlicher Studenten (damals eine Gruppierung mit 30% WählerInnenstimmen!) dahingehend ausgelegt, daß Taras "von" Borodajkewycz (und nicht nur er) das Recht habe, in seinen Vorlesungen zu behaupten: "Hitlers Rede auf dem Heldenplatz war einer der zwei großen Tage in meinem Leben". Der Heimwehrgraf Starhemberg war "ein prima Bursche und guter Kamerad", während Rosa Luxemburg eine "jüdische Suffragetin" und Hans Habe ein "Literaturfatze" sei. In diesem geistigen Klima waren selbst die wenigen Mitglieder des Bundes Sozialistischer Akademiker an den Universitäten zu einer Art Untergrundexistenz gezwungen. Günter Anders, Ernest Borneman, Ernst Fischer, Viktor Frankl, Anna Freud, Kurt Gödel, Gottfried Haberler, Joseph Matthias Hauer, Robert Jungk, Oskar



Kokoschka, Adolf Kozlik, Hermann Mark, Eduard März, Theodor Prager, Otto Preminger, Arnold Schönberg, Eduard Winter erhielten keine Lehraufträge. Auf den Instituten "folgte ruhig Trottel dem Ersten, wie Butter, Trottel der Zweite" (Franz Grillparzer 1838).

Zucht und Ordnung

Der Mann galt noch unbestritten als Oberhaupt der Familie. Die Frau durfte ohne seine Zustimmung nicht arbeiten, mußte ihren Wohnsitz nach ihm rich-

ten. Die Ehe war gegen den Willen eines Partners praktisch untrennbar. Die Tötung der Leibesfrucht war ein strafrechtlich zu ahndendes Delikt, das unter Zittern und Bangen von etwa 200.000 Frauen jährlich begangen wurde. Sexualeufklärung fand an den Schulen nicht statt. Die Jungfräulichkeit stand hoch im Kurs, was zum Phänomen der "technischen Jungfrauen" führte, die jede Art des Pettings, aber keinesfalls den Beischlaf praktizierten.

Die Unzucht wider die Natur mit Personen desselben Geschlechtes war im Paragraph 130 StG mit schwerem Kerker von einem bis fünf Jahre pönalisiert.

Nicht nur die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bilder, auch die vorbereitende Tätigkeit dazu (Herstellung, Verlegung, Ein- und Ausfuhr, Anpreisung) war entweder Vergehen nach dem Pornographiegesetz (wenn die gewinnsüchtige Absicht des Täters fehlte) oder Verbrechen, die ebenfalls mit Primärarrest geahndet wurden. Aufgrund dieser Bestimmung schritt die Polizei sogar gegen Voltaires "Candide", Boccacios "Decamerone" und die Bücher Norman Mailers ein. In der Nationalbibliothek waren diese anrühigen Schriften in sogenannten "Giftschränken" eingesperrt. Selbst von Gauguin gemalte Busen der Südseeinsulanerinnen waren nach Ansicht der Richter geeignet, "die Lüsterheit Jugendlicher zu wecken". Die Zeitschrift "Stern" produzierte wegen

'68: Neue Literatur zuhauf!

- B. Danneberg, A. Machalicky, F. Keller, J. Mende (Hg.): Die '68er. Eine Generation und ihr Erbe. Döcker Verlag 1998, 220 Seiten, öS 270,-
 Paulus Ebner, Karl Vocelka: Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb. Ueberreuter Verlag 1998, 220 Seiten, öS 291,-
 Wilhelm Svoboda: Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Realität in den 70er Jahren. Promedia Verlag, 220 Seiten, öS 248,-
 Lutz Schulenburg (Hg.): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumentation und Bericht. Edition Nautilus 1998, 240 Seiten, öS 204,-
 Fritz Keller: Doch die Hundebblume blüht selbst in der Regenpfütze! - Politik und Kultur anno 1968. In: Uwe Hirschfeld (Hg.): Gramsci-Perspektiven, Argument-Sonderband Neue Folge 256, 300 Seiten, Brosch., ISBN 3-88619-256-3, DM 39.80

dieser Pornographiegeseztgebung eine eigene Öster-reich-Ausgabe...

Gröbliche und öffentliches Ärgernis verursachende Verletzungen der öffentlichen Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit waren nach Paragraph 516 StG Übertretungen, die mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu sechs Monaten geahndet werden konnten (nach dieser Strafbestimmungen wurden die meisten Aktionisten abgeurteilt). Eine solche Verurteilung stellte nach dem Paragraph 19, Pkt. 3 des damals gültigen Mietengesetzes 1929 einen Grund zur Kündigung des Mietvertrages dar.

Durch die Filmzensur konnte Ingmar Bergmanns "Schweigen" erst mit 18 Jahren und auch dann gekürzt gesehen werden. In voller Länge durfte man/frau sich hingegen im Kino bei "Auf der Alm da gibt's ka Sünd", "Der Kaiser und das Wäschermädel" oder "Eva küßt nur Direktoren" erbauen....

Wehrdienstverweigerung existierte nicht — Waf-fendienstverweiger, die glaubhaft gemacht hatten, daß sie Gewalt unter allen Umständen ablehnten, durften in Uniform beim Bundesheer mit dem Besenstil exerzieren...

Und alle jene, die meinten, "Wer da nicht paranoid wird, ist nimmermehr normal" (Rolf Schwendter), fielen unter eine Entmündigungsordnung, durch die jede(r), der(die) einmal in ein Psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen wurde, in der Folge unerbit-terlich unter Kuratel gestellt wurde (verbunden mit dem Entzug des Jobs, des Führerscheins usw.).

Ein letzter "Ausweg" blieb Unangepaßten: Öster-reich hatte in den 50er- und 60er-Jahren die höchste Selbstmordrate in Westeuropa.

Fritz Keller, aus: Die Alternative 4-5/98
(Cartoon: Much, aus: GE-Kalender 1994)

Sicher **OHNE** NATO

Die Grünen haben in Österreich als erste Partei einen Optionenbericht zur künftigen Sicherheits-politik erstellt. Mit "Sicher ohne Nato" zeigen die Grünen eine Reihe von möglichen Optionen in der Sicherheitspolitik auf und beziehen klar die Positi-on: NEIN zum Beitritt zu einem Militärpakt. NEIN zu einem Beitritt zu Nato oder WEU. JA zu einer aktiven Neutralitätspolitik, als spezifischer und eigenständiger Beitrag Österreichs für Friede und Si-cherheit in Europa. Dr. Peter Steyrer, Friedens- und Sicherheitssprecher der Grünen im Parlament. Wenn Sie den Optionenbericht beziehen möchten, schreiben Sie bitte an: Grüne Klub im Parlament, 1017 Wien, Tel. 40110/6698

Kommt ein Brieflein...

Versuch der Auseinandersetzung mit einem anonymen Brief zum Thema Lainzer Tunnel

Am Mittwoch, den 8. April dieses Jahres, ist im Kurier ein Artikel erschienen, der einigen Aufruhr verursacht hat: Christof Chorherr's Ja zum Lainzer Tunnel. Darin sind alle Argumente, die für einen raschen Ausbau der Bahn im Großraum Wien sprechen, wiedergegeben. Der Wien-Tunnel und damit auch der Lainzer Tunnel ist das am weitesten vorgeschrittene Projekt, das diese Erfordernisse, die ökologisch interessierte BürgerInnen wohl kaum ernsthaft bestreiten wird, erfüllen kann. Seit 1995 hat der LKW-Verkehr in Österreich um 25% zugenommen. Es müssen eben Transportwege geschaffen werden, die ökologisch verträglicher sind als der LKW-Verkehr. Und das ist nun einmal die Bahn.

Unser Ja zum Lainzer Tunnel ist aber kein so un-differenziertes Ja, wie es aus diesem Artikel hervor-geht. Wir knüpfen an dieses Ja Bedingungen. So wird zum Beispiel für den 13. Bezirk eine Verdichtung der Schnellbahnintervalle gefordert, die völlig unmög-lich ist bei der derzeitigen Streckenbelastung mit Gü-terfernverkehrszügen. Weiters wird der Umstieg auf moderneres Zugmaterial gefordert, um die Lärmbe-lastung auch bei den Schnellbahnzügen zu minimie-ren. Darüber hinaus werden zwei weitere Stationen für die Schnellbahn in Hietzing gefordert, bauliche Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung, mehre-re Fußgängerüberquerungen oder Unter-führungen und außerdem kürzere Schließzeiten für die Schranken im Bezirk. Daß die Schranken bleiben, halten wir eher für einen Vorteil, weil dadurch der Durchzugsverkehr nicht auf Seitenstrecken auswei-chen kann.

Ich hoffe, daß ich hiermit unsere Motive für ein Ja zum Lainzer Tunnel hinreichend verdeutlichen konn-te. Leider enthielt der Brief, den ich vor kurzem er-hielt, nicht nur keinen Absender sondern auch keine Argumente. Daher weiß ich nicht, worauf speziell ich näher eingehen sollte. Sollten Sie mit uns ein beson-deres Anliegen in diesem Bereich besprechen wol-len, so ersuche ich Sie, mit uns direkt Kontakt auf-zunehmen. Entsprechende Hinweise entnehmen Sie bitte der in dieser Ausgabe befindlichen Rubrik.

Susanne Frühwirth

Rondell:

Vom Pornokino zum Frauenraum

„LINK.*-FrauenRaum“ ist ein Projekt des Kulturvereins „Bunte Bühne“ und versteht sich als Initiative zur Schaffung eines „Frauenkulturrums für Kunst und Politik“ — allerdings explizit nicht unter dem Motto „von Frauen für Frauen“. U.a. Theater, Musik und Tanz sollen als Mittel eingesetzt werden, um vor allem das Thema Männer/Frauen zu behandeln — und das könne auch schon einmal ein reines Männerstück sein, wie Projektmitarbeiterin Barbara Klein betont.

Dieses Projekt sollte eigentlich in die Räumlichkeiten des Etablissements „Rondell“ in der Riemergasse 11 einziehen. Staatssekretär Wittmann hatte die Nutzung, Stadtrat Marboe eine Förderung zugesagt.

Aus den Medien mußten die LINK.*-Frauen dann erfahren, daß das Jazz-Lokal „Porgy&Bess“ den Zuschlag bekommen habe. Auch wenn sie wohl nichts gegen Jazz einzuwenden haben, fühlen sich die Betreiberinnen leicht verarscht — hatten sie doch alle geforderten Auflagen erfüllt.

Die Projektbetreiberinnen reagierten darauf mit einem letzten Mittel: Sie gingen am 20.Mai ganz einfach in das ehemalige Kino und begannen dort ein Kulturprogramm bei freiem Eintritt zu etablieren.

Ein Riesenspolizeiaufgebot tauchte am Tag dieser „Besetzung“ auf, sperrte die Straße ab und machte auf rabiate Amtshandlung. Doch offiziell ist es keine Besetzung,

der jetzige offizielle Hauptmieter, der Verein IG Freie Theatergruppen, fühlt sich nicht in seinem Hausfrieden gestört. Die Projektverantwortliche hat sogar ganz legal einen Schlüssel für die Räumlichkeiten. Die 100-Mann-und-kein-Befehl-Abteilung zog sich daher wieder zurück. Der eigentlich zuständige — und von den Frauen zu einem Besuch aufgeforderte „Kunstkanzler“ Klima kam aber auch nicht.

Dafür tauchte nach einer Woche Kulturbetrieb die Veranstaltungspolizei auf und überbrachte eine Verfügung zur sofortigen Einstellung sämtlicher Aktivitäten wegen Gefährdung von Leben und Sicherheit der BesucherInnen in den in Umbau befindlichen Räumlichkeiten. Zur Absicherung sollte das Rondell behördlich verschlossen und versiegelt werden.

Nach dem Ende dieser gerade noch laufende Kulturevents verließen Frauen und Männer ohne Widerstand das Rondell, um eine Eskalation der gespannten Situation angesichts der bevorstehenden polizeilichen Räumung zu verhindern. Die Bespielung ist also vorläufig unterbrochen, derzeit versuchen die Frauen wenigstens zum keineswegs desolaten Foyer Zutritt von den Behörden zu erlangen.

- q Ich hätte gerne regelmäßige Aussendungen der Bezirksgruppe.
- q Mir fällt im Bezirk auf, daß:

Absender:

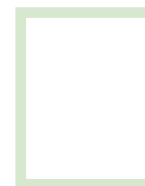
Verlagspostamt:
1130 Wien
P.b.b

einen Haushalt

An

Treffen der Bezirksgruppe

finden jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbacher Str. 21 statt. Wir freuen uns auf ihr Kommen!



An die
Grüne Alternative
Bezirksgruppe Hietzing
Lindengasse 40
1070 Wien